

Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

XVIII. Wahlperiode



Protokoll

46. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 20.05.2010
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:10 Uhr
Ort, Raum: Köln-Zimmer (A 104), Rathaus Neukölln, Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin

Anwesende:

| | | |
|-----------------------------|---------------------|---------------------------------------|
| Finger, Jutta | SPD | |
| Knörr, Sabine | SPD | |
| Pohl, Manuela | SPD | |
| Khalil, Nader | CDU | |
| Wagner, Heinz | Grüne | |
| von Kieseritzky, Rother | FDP | Vertretung für: Wittke, Franz |
| Rühlmann, Wolfgang | GRAUE | |
| Karaaslan, Gülaysan | LINKE | |
| Ahrens, Jens Holger | AWO Kreisverband | |
| Becker, Hans-Peter | Katholische Kirche | |
| Haese, Axel | Human. Verband | |
| Heeb, Bernhard | Nachbarschaftsheim | |
| Honisch, Manuel | SJD-Die Falken | |
| Petzold, Olaf | Evangelische Kirche | |
| Wälde, Eva | OutReach | Vetretung für: Heinemann, Gabriele |
| Vonnekold, Gabriele | JugDez | |
| Dr. Gallus-Jetter, Gabriele | JugDir | |

Mitarbeiter der Verwaltung:

| | |
|------------------|-----------|
| Schreiber, Georg | JugDez1 |
| Ortmann, Gerd | Jug FC L |
| Busse, Sabine | StD |
| Jas, Wolfgang | QPK Sucht |

Gäste:

| | |
|---------------------|------------------------------|
| Tinsner, Silke | BEA |
| Posner, Bernd | BEA |
| Schaffranek, Jürgen | Gangway Transit |
| Kaiser, Felicitas | |
| Hutzler, André | FiPP e.V. |
| Fierdag, Iris | Kath. Kirche Neukölln |
| Wendt, Gerd | KJHZ Neukölln EJF |
| Saupe, Manuela | AWO Kita Du und Ich |
| Mushake, Annette | Jugend- und Sozialwerk gGmbH |

Abwesende:

| | | |
|----------------------|-----|----------------|
| Schwarzer, Christina | CDU | unentschuldigt |
|----------------------|-----|----------------|

| | | |
|---------------------|---------------------|----------------|
| Wittke, Franz | FDP | entschuldigt |
| Gelfert, Karin | Junge HumanistInnen | unentschuldigt |
| Heinemann, Gabriele | Mädchenarbeit | entschuldigt |
| Knoller, Elisabeth | Kinderschutzzentrum | entschuldigt |
| Kohn, Ivetta | Behindertenarbeit | unentschuldigt |
| Lemming, Siegfried | Diakon. Werk Nkn. | entschuldigt |
| Meinecke, Wolfgang | Bezirksschulbeirat | unentschuldigt |

Frau Finger begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt fest, dass die Einladung allen Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist und eröffnet die 46. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Frau Schwarzer schlägt eine Korrektur zu TOP 4 des Protokolls der 45. Sitzung vor: Der Ältestenrat hat über die Konsensliste die Rücküberweisung der Drucksache 1308/XVIII (Keine Zusammenarbeit mit der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs) in den JHA vorgeschlagen. Dem hat die BVV am 24.3.2010 per Akklamation zugestimmt.

Herr Ahrens erklärt, wenn er das gewusst hätte, hätte er den Ältestenrat nicht kritisiert. Er betont, dass es sich um eine Richtigstellung, nicht um eine Berichtigung handele.

zu 1 Kiez AG

Die Vertreterin der Kiez-AG Rixdorf Frau Saupe nennt drei Hauptthemen des letzten Kiez-AG-Treffens: Wie können Schulen attraktiver werden? Wie kann die Kooperation mit den Stadtteilmüttern verbessert werden? Wichtig sei auch die Frage von Gewalt in der Öffentlichkeit sowie in Kitas und an Schulen. Diese Themen werden in der Kiez-AG bis zum Jahresende auf der Tagesordnung stehen.

Ein weiteres Thema der Kiezrunde war die Problematik der Integrationskinder - behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder. Die Schulleiterin der Richard-Grundschule, Frau Stolt, hat erklärt, es vergehe oft ein ganzes Jahr bis Fördermaßnahmen greifen könnten.

Frau Vonnekold fragt, warum nicht schon vor der Einschulung geprüft werde, ob eine Behinderung vorliege. Warum bekommen Eltern, die eine frühere Förderung möchten, diese nicht schneller?

Frau Saupe weist darauf hin, dass Termine beim Kinder- und Jugendgesundheitsdienst schwer zu bekommen seien. Außerdem scheuten sich viele Eltern, vorab Informationen an Schulen zu geben, da sie eine Ablehnung ihres Kindes befürchteten. Die Zusammenarbeit mit den Eltern sei oft schwierig.

Herr Khalil fragt, wie Abhilfe geschaffen werden könne.

Frau Dr. Gallus-Jetter plädiert für eine pragmatische Herangehensweise. So könne man im August schon anfangen, für Untersuchungen zu werben, damit die Förderung rechtzeitig zur Einschulung beginnen könne.

Frau Vonnekold weist darauf hin, dass der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst in die Zuständigkeit des Stadtrates für Gesundheit fällt. Dort gebe es zu wenig Personal.

Frau Finger ist überzeugt, dass sich der Stadtrat für Gesundheit dafür einsetzen wird, die Lage im KJGD zu verbessern.

zu 2 Vortrag zum Thema "Tilidin" Referent: Herr Schafranek (Gangway e.V.)

Herr Schafranek ist der Präventionsexperte des Berliner Vereins Gangway e.V. Er hat als Streetworker in Neukölln gearbeitet, insgesamt war er 16 Jahre in der Suchtarbeit tätig. Sein Ziel ist es, neue Arbeitsansätze mit bereits konsumierenden Jugendlichen zu entwickeln.

Schon in den 70er und 80er Jahren war „Tilidin“ ein beliebtes Ersatzmittel für Heroinabhängige - damals war es bekannt als „Valoron“. Vor ca. 10 Jahren galt das Rollbergviertel als Hauptproblemgebiet. Inzwischen ist der Konsum unter Jugendlichen Berlinweit verbreitet. Schwerpunkte sind Neukölln, Kreuzberg, Wedding und Tiergarten. Die ethnische Zugehörigkeit der Konsumenten ist gemischt. Es gibt einen auffälligen Anteil von Jugendlichen aus Einwanderungsfamilien. Der Anteil von Konsumentinnen wird auf 25% bis 30% geschätzt. Die Abhängigkeit von Tilidin ist

außerdem in Strafanstalten sehr hoch. Der Hauptanteil der Konsumenten ist jedoch über 40 Jahre alt und nimmt Tilidin als Schmerzmittel.

Warum wurde es wieder aktuell? Tilidin schaltet Schmerz und Angst aus, wirkt zunächst euphorisierend und ist vergleichsweise billig. Es lässt sich in Tropfenform einfach konsumieren und fällt nicht unter das Betäubungsmittelgesetz. Das Medikament ist unter Jugendlichen zur Modedroge geworden. Als legales Schmerzmittel steht Tilidin in vielen Hausapotheken. Beschafft wird Tilidin auch über illegale oder gefälschte Rezepte. Die Droge wurde lange unterschätzt. In Berlin wurden im vergangenen Jahr 2000 gefälschte Rezepte entdeckt. Andere Bundesländer erfassen diese Fälschungen statistisch gar nicht.

Herr Schaffranek forderte die Pharmaindustrie auf, Tilidin in Tropfenform vom Markt zu nehmen und nur noch als Tabletten zu verkaufen, da diese erheblich langsamer wirken und somit für den schnellen Kick uninteressant seien. Die Form der Substanz zu ändern sei erheblich effektiver als Tilidin unter das Betäubungsmittelgesetz zu stellen. Denn das habe noch niemanden vom Drogenkonsum abgehalten. (Der Vortrag ist dem Protokoll als Datei beigelegt.)

In der anschließenden Diskussion fragte Frau Vonnekold nach den Anzeichen für den Konsum von Tilidin. Herr Schaffranek antwortet, dass die Abhängigkeit der Jugendlichen für ihre Eltern nur schwer erkennbar sei: große Gereiztheit (in der Abklangphase), starke Stimmungsschwankungen innerhalb eines Tages sowie relativ hohe Ausgaben. Vielen Eltern sei das Problem auch deshalb nicht bewusst, weil Tilidin als Schmerzmittel häufig in der Hausapotheke zu finden sei.

Frau Dr. Gallus-Jetter fragte nach Erfahrungen mit Schwangeren. Die Neugeborenen sind dann bereits abhängig. Außerdem führt Tilidin-Abhängigkeit bei Müttern oft zu Frühgeburten.

Herr Schaffranek berichtet, dass der soziale Druck extrem sei, besonders unter Jugendlichen aus türkischen und arabischen Familien. Niemand dürfe etwas erfahren, weder in der Familie noch die besten Freunde. Selbst unter den Konsumenten werde innerhalb der Clique normalerweise nicht darüber gesprochen.

Frau Busse fragt, ob die Krankenkassen nicht Druck auf die Pharmaindustrie ausüben könnten, um die Tropfen vom Markt zu nehmen? Herr Schaffranek verweist auf die Gewinne der Unternehmen. Außerdem werde Tilidin bisher bundesweit nicht als Problem wahrgenommen, sondern nur in einigen Großstädten bzw. Bundesländern.

Frau Vonnekold fragt, wie man die Öffentlichkeit sensibilisieren könne.

Frau Finger verweist darauf, dass Tilidin in Jugendfreizeiteinrichtungen sehr wohl ein Thema sei.

Herr Schaffranek betont die Bedeutung von öffentlicher Aufklärung. Zurzeit wird ein Film zum Thema Tilidin gedreht, er soll im Herbst aufgeführt werden.

Frau Finger dankt Herrn Schaffranek für den Vortrag. Sie warnt abschließend vor einer Unterschätzung des Themas.

Abschließend wurden Materialien der Fachstelle für Suchtprävention des Landes Berlin verteilt, auch in türkischer und arabischer Sprache (www.berlin-suchtpraevention.de).

zu 3 Diskussion zum externen Fachcontrolling **BE: Frau Busse**

Der 3. Report zum externen Fachcontrolling war mit der Einladung verschickt worden.

Frau Busse bemängelte in ihren einleitenden Worten, dass die Übertragung von Verwaltungstätigkeiten auf die Sozialarbeiter nicht gelungen sei. Sozialarbeiter hätten mit Verwaltung „normalerweise nicht viel am Hut“. Vor ca. 10 Jahren existierte beim Jugendamt Neukölln das „Amt Jug 8“ - Wirtschaftliche Hilfe. Dort waren u. a. die Prüfung der örtlichen Zuständigkeit sowie der materiellen und formellen Voraussetzungen bei den Hilfen zur Erziehung (HzE) angesiedelt. Es sei ein großer Fehler gewesen, diese komplett auf die Sozialarbeiter zu übertragen. Sie seien dafür nicht ausreichend ausgebildet. Eine Konsequenz sei, dass die pädagogischen fachlichen Voraussetzungen zur Gewährung einer HzE zu sehr betont würden gegenüber den materiellen und formellen Voraussetzungen. Frau Busse fordert, den verwaltungsrechtlichen Bereich gegenüber dem sozialpädagogischen zu stärken.

Frau Vonnekold bezweifelt die Effizienz der damaligen Verwaltungsstruktur. Es habe kein Amt gegeben, in dem die Aufgaben stringent durchgeführt wurden. Vier Sachbearbeiter seien mit einem Antrag befasst gewesen. Frau Vonnekold wendet sich besonders gegen den Ausbau der Verwaltungsseite im Jugendamt. Es sei ohnehin schon ein extremer Kampf, die Personaldecke zu halten. Bei einem Ausbau auf der einen Seite würde an anderer Stelle das Personal fehlen. Der Vorschlag von Frau Busse würde einen „ziemlichen Personalzuwachs“ bedeuten, er sei ein-

fach nicht realistisch. Frau Vonnekold wehrt sich auch gegen den Eindruck, dass große Teile der Hilfen, die gewährt wurden, nicht hätten gewährt werden dürfen. Es gebe Fehler in der Dokumentation, es würden aber ernsthafte Anstrengungen unternommen, die Fehlerquote zu senken. Auf absehbare Zeit sei das Jugendamt aber nicht in der Lage, eine hundertprozentige Fehlerfreiheit aller Akten zu garantieren. Außerdem sei der Zuzug in sozial schwache Gebiete groß, daraus würden sich auch mehr Zugänge an Fällen ergeben. Die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter sei sehr groß. Es fehle den Mitarbeitern häufig einfach die nötige Zeit. „Ich werbe um Verständnis, dass dabei Fehler passieren“.

Frau Finger führt aus, dass laut Frau Busse die Bestellung von Wirtschaftsprüfern keine Einsparungen bringen würde. Sie fragt, ob es sinnvoll sein könnte, wieder ein zentrales Amt einzuführen.

Frau Vonnekold sagt, dass sie nicht zurück wolle in den Zustand von vor 10 Jahren. Es sei eine empirisch schwierige Debatte.

Frau Dr. Gallus-Jetter ergänzt, dass das Amt 8 aus nachvollziehbaren Gründen abgeschafft worden sei. Dieses Amt sei vorwiegend ein „Sozialamt für alleinerziehende Mütter“ gewesen. Man müsse auch berücksichtigen, dass es in der Zwischenzeit Bezirksfusionen gegeben hat. Mitte des vergangenen Jahrzehnts kam schließlich eine Umstrukturierung durch die Sozialraumorientierung hinzu.

Frau Busse weist darauf hin, dass die Belastung der Sozialarbeiter viel zu hoch sei. Das wirke sich auf die Dokumentation aus: Es gebe z. B. zu viele Fehler bei der Übernahme von Akten, Widersprüche würden z. T. einfach „abgehakt“. Es solle Druck von den Schultern der Sozialarbeiter genommen werden. Die Verwaltungsmitarbeiter der „Wirtschaftlichen Jugendhilfe“ sollten nicht mehr der Regionalleitung unterstellt bleiben. Es müssten ein oder zwei neue Leitungsstellen geschaffen werden.

Frau Vonnekold entgegnet darauf, wenn die Regeln zu einhundert Prozent eingehalten würden, wären HzE-Steigerungen die Folge. Des Weiteren sei eine intensive Prüfung der Zuständigkeiten aus zeitlichen Gründen oft unrealistisch. Wenn sich in Familien mit zwei Sorgeberechtigten eine Person absentiert hat, müsse man in manchen Fällen davon ausgehen, dass diese Person mit der getroffenen Entscheidung stillschweigend einverstanden sei.

Frau Busse bekräftigt dagegen, dass die Probleme in einigen Vierteln Duisburgs, wo sie herkommt, ähnlich seien wie in Neukölln. Die Sozialarbeiter bekämen trotzdem ihre Unterschriften.

Herr Ortmann weist darauf hin, dass die Fehleranalyse der Zuständigkeitsprüfung folgendes ergeben habe: 95 % der Fälle sind unstrittig, 4,5 % sind strittig und nur 0,5 % sehr strittig. Der Vorschlag von Frau Busse würde im Jugendamt eine Stelle mit einer hohen Gehaltsstufe zur Folge haben sowie ggf. eine weitere Juristin. Es habe in der Vergangenheit eine positive Organisationsentwicklung gegeben, einen einheitlichen Prozess. Eine Kostenexplosion habe aber nicht stattgefunden. Die unsystematische Softwareentwicklung könne in den nächsten Jahren vereinfacht werden. (Ein Vortrag von Herrn Ortmann vor dem Hauptausschuss der BVV über die Entwicklung der wirtschaftlichen Jugendhilfe in Neukölln ist dem Protokoll beigelegt. Anlage 1)

Frau Pohl kritisiert, dass die Leitung und Verwaltung des Jugendamtes den Report von Frau Busse zu negativ beurteile. Sie möchte die positiven Aspekte in den Vordergrund stellen, die konkreten Anregungen zur Verbesserung.

Frau Finger fragt, welche Vorschläge man übernehmen könne.

Frau Busse führt aus, dass die Vorlagen im Intranet gut seien. Sie würden nur zu wenig genutzt. In Duisburg erledige ein Sachbearbeiter die komplette Prüfung. Die Tätigkeit der Verwaltung ist dort genauso strukturiert wie die der Sozialarbeiter. Die wirtschaftliche Jugendhilfe hat mehr Personal in Duisburg.

Herr Ahrens kommen die Rezepte sehr bekannt vor. Fehler seien früher auch gemacht worden, sie seien z. T. wahrscheinlich systemimmanent. Dennoch müsse den gesetzlichen Bestimmungen Rechnung getragen werden. Erst müssten die Interessen der Klienten berücksichtigt werden, da dürften keine Abstriche gemacht werden. Die Fortbildung der Mitarbeiter müsse verstärkt werden. Es gebe keinen einzigen Punkt in dem Report, der den Beschäftigten anzulasten sei. Die politischen Rahmenbedingungen seien aktuell nicht zu ändern, das sei eine rein akademische Diskussion. Stattdessen müssten die vorhandenen Fähigkeiten und Ressourcen besser genutzt werden.

Frau Vonnekold erklärt, dass daran gearbeitet werde, die Dokumentationsschwächen zu verbessern. Die Mitarbeiter müssten sich weiterbilden. Die Arbeitsabläufe sollten transparenter und einfacher gestaltet werden. Die Ausweitung der Verwaltung sei jedoch kein geeigneter Weg. Deshalb sei ihre Begeisterung über den Report sehr begrenzt. Sie verweist darauf hin, dass die Re-

gionalleiter „gnadenlos“ unterbezahlt seien. Sie haben die Gehaltsstufe A 12 und sind dabei jeweils für etwa 50 Personen und ein Finanzvolumen von 20 bis 25 Mio. Euro verantwortlich. Sie sieht kein Einsparungspotential, jedenfalls nicht in der Größenordnung, die die Einstellung einer neuen Leitungskraft rechtfertigen würde. Sie sei an den Haushalt gebunden. Sie könne nicht mehr ausgeben, als darin vorgegeben.

Herr Rühlmann fordert, die bestehenden Ressourcen besser zu nutzen. Die Verwaltung sei manchmal zu langsam bei den Anpassungen an wirtschaftliche Veränderungen.

Herr Ortmann führt aus, dass die Verwaltung besser sei als nach außen sichtbar. Frau Busse habe vollen Einblick bekommen und volle Unterstützung. Ein Hauptproblem sei, geeignete Mitarbeiter in die Verwaltung zu bekommen, da Außeneinstellungen i.d.R. nicht möglich seien und im ZeP (Zentrales Personalüberhangmanagement) seien viele nicht qualifiziert genug. Das sei das Problem einer abgemagerten Verwaltung.

Herr Khalil sagt, man müsse mit dem vorhandenen Personal auskommen, so korrekt wie möglich. Man müsse das Beste daraus machen. Er dankt Frau Busse für ihre Tätigkeit.

Frau Vonnekold bekräftigt noch einmal, dass die Rezepte von Frau Busse im Kern einen Personalausbau bedeuten würden. Eine hundertprozentige Fehlerfreiheit sei nicht möglich.

Frau Finger bedankt sich bei Frau Busse für ihre bisherige Arbeit.

zu 4 Kinderbetreuung statt Wanderzirkus Drucksache: 1091/XVIII

Der Antrag lautet:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, ob geeignete Maßnahmen ergriffen werden können, damit Vorschulkinder auch nach Ablauf des letzten Kindertagesbetreuungsjahres bis zur Einschulung noch in der bisherigen Kindertagesstätte betreut oder Alternativangebote bereitgestellt werden können.

Herr Khalil führt dazu aus, dass eine „Lücke“ in der Betreuung von Kindern zwischen dem Ende des Kitabesuchs und dem Schulbeginn vermieden werden müsse. Einige Kinder würden bis zu einem Jahr verlieren.

Frau Vonnekold erklärt dazu: Kinder besuchen bis zum 31. Juli eine Kindertagesstätte. Das Schuljahr beginnt am 1. August. Der Schulbeginn für die Erstklässler ist in der Regel Ende August/Anfang September. Daraus ergibt sich eine „Lücke“ von maximal 4-5 Wochen, aber auch in diesem Zeitraum haben die Kinder über den Hort der zukünftigen Grundschule einen Betreuungsanspruch. Dies sei zwar keine optimale Lösung, da aber die Kinder dort an Wochentagen bis 13 Uhr betreut werden können, könne man nicht von einer Lücke sprechen. Manchen Eltern gefalle diese Lösung nicht. Es gebe keine Finanzierung durch das Jugendamt mehr, da die Kita-Gutscheine am 31.7. enden. Eine Nachfrage in der Kita-Kostenstelle ergab, dass es nicht sehr viele Fälle sind. Viele Kinder seien im August z. B. bei Verwandten oder mit den Eltern im Urlaub.

Herr Khalil bezweifelt, dass diese Regelung in der Praxis funktioniere. Die Eltern seien oft nicht gut informiert. Wenn es sich jedoch nur um einen Zeitraum von 4 bis 5 Wochen handele, dann sei er mit der Antwort zufrieden.

Frau Dr. Gallus-Jetter fordert von den Eltern, sich beizeiten darum kümmern. Es sei schließlich auch nicht negativ, wenn Kinder sich schon vor der Einschulung im Hort kennen lernen würden. Letztlich gehe es um sachgerechte Information.

Herr Ahrens hat den Eindruck, dass ein Missverständnis vorliege, da es keine Lücke gebe. Früher gab es eine Vorschule. Heute finde das Vorschuljahr sozusagen in der Kita statt. In Einzelfällen könne es Probleme geben. Diese sollten in Abstimmung mit dem Jugendamt geklärt werden.

Herr Petzold kann keine Massenbewegung erkennen. Es bestehe ein Informationsdefizit. Die Informationen über das Berliner Bildungsprogramm seien gering.

Herr Khalil erklärt, dass mit dem vorliegenden Antrag vor allem die Diskussion zu diesem Thema befördert werden sollte. Dieses Ziel sei erreicht worden.

Herr Khalil zieht den Antrag zurück.

zu 5 Mitteilungen

- **HZE-Kosten**

Frau Vonnekold erklärt, dass das Jugendamt auf einem guten Wege sei, die Sparvorgaben zu bewältigen. Bisher wurde in diesem Jahr eine Entsperrung von 1 Mio. Euro bewilligt. Vor Ende des zweiten Quartals sei jedoch unbedingt eine weitere Entsperrung notwendig. Sie betonte, dass der Zeitraum zwischen dem Erreichen der Einsparungen und den Entsperrungen unbedingt verkürzt werden müsse. Erst Ende des Jahres könne mit Sicherheit gesagt werden, ob das Zielbudget erreicht worden sei. Man müsse sich jedoch auf Prognosen berufen können, da sonst keine Mittelzusagen für laufende Projekte gegeben werden könnten. Sollte es zum 30.6. keine weitere ausreichende Entsperrung geben, müssten ab Juli bereits Verträge zum Jahresende gekündigt werden, da Kündigungen vierteljährlich erfolgen müssen. Das könnte bei vielen Jugendprojekten zu ernsthaften Problemen führen.

- **Woche des Lesens**

In der Woche vom 29.5. bis 9.6. findet die „Woche der Sprache und des Lesens“ in Neukölln statt. Es gibt ein sehr umfangreiches Programm. Auch Jugend- und Kinderclubs beteiligen sich in großer Zahl daran. So findet z.B. im Kinderclub Sternschnuppe eine Lesewoche unter dem Motto „Kinder lesen für Kinder“ statt, vom 31.5. – 4.6., von 14 -17.30 Uhr. Kinder lesen anderen Kindern ihre Lieblingsgeschichten im gemütlichen Kuschelraum der Sternschnuppe vor.

- **Respect Games**

Am 5. Juni finden die Respect Games mit einem umfangreichen Programm statt. Informationen und Anmeldung: www.respect-games.de

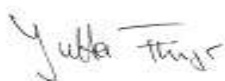
- **Fussball-WM in Jugendclubs**

In einigen Jugendclubs gibt es während der Fußballweltmeisterschaft Public Viewing, Informationen: www.neukoelln-jugend.de

zu 6 Nächste Sitzung: 17. Juni 2010

Der nächste Termin des Jugendhilfeausschusses wird am 17. Juni 2010 stattfinden, voraussichtlich in der Einrichtung Abenteuerspielplatz Wildhüterweg auf Einladung von Herrn Bindig. Der Ort wird mit der Einladung bekannt gegeben.

Berlin-Neukölln, den 10. Juni 2010



Jutta Finger
Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses

Georg Schreiber, Protokollführer